Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchen es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Prinzenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt" nebst „Handels-Zeitung", sowie dem illustrirten Blatt „ULK", der feuilleton. Montags-Beilage „Zeitgeist", dem Sonntagsblatt „Deutsche Leichstatt" und den „Mitteilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 105. Berlin, Mittwoch, den 27. Februar 1895. XXIV. Jahrgang.

Die landwirthschaftliche Bewegung in Baiern.

(Von unserem Korrespondenten.)

✠ **München**, 25. Februar.

Daß Agraria Trumpf ist im deutschen Reiche, bezweifelt Niemand mehr, und wer doch noch etwa darüber im Unklaren gewesen sein sollte, dem wird die Erklärung des Reichskanzlers, welche den Schmerzen der Doppelwährungsmänner in so auffällig liebenswürdiger Weise entgegenkam, jeden Zweifel genommen haben. Und es ist bei dieser Lage der Dinge von Interesse, die Fortschritte zu verfolgen, welche die ausschweifenden agrarischen Ideen in den einzelnen Bundesstaaten machen. Württemberg freilich ist durch seinen gesunden Volkscharakter, wie er sich in den soeben zum Abschlusse gelangten Landtagswahlen ausspricht, dieser Gefahr ziemlich entrückt, aber in Baiern ist dieselbe dafür um so größer, da insbesondere auch diejenigen Kreise, welche von den agrarischen Schrullen unberührt bleiben sollten und es bis vor Kurzem auch waren, allmälig wankend werden. Selbst die offizielle landwirthschaftliche Vertretung scheint der Ansteckung keinen nachhaltigen Widerstand mehr zu leisten.

Nun haben schon drei Reichstagsabgeordnete des Centrums ihr Kanitz-freundliches Herz entdeckt, und wer weiß, wie sich das Gros der baierischen Ultramontanen verhalten wird, wenn es nun bald zur Abstimmung über den Antrag des ostpreußischen Granden kommt. Lediglich die Oberbaiern werden sicher fest bleiben, denn in diesem Kreise hat vor der Hand noch jene Richtung des Bauernbundes Oberwasser, welche durch die Namen Kleitner und Eisenberger gekennzeichnet wird. Hier will man von der Verstaatlichung des Getreidehandels nichts wissen, aber es ist wohl weniger volkswirthschaftliche Einsicht, welche den Bund hierzegen Stellung nehmen läßt, als vielmehr der preußische Ursprung der in Rede stehenden Vorschläge. Der Partikularismus ist es, welcher diesen Leuten das Verständniß schärft, allein man kann sehr zweifelhaft darüber sein, ob da nicht der Teufel durch Beelzebub selbst ausgetrieben werde; leistete sich doch neulich einer der Hauptthäume folgenden markanten Satz: Immer wenn der Himmel mit schwarz-weißen Wolken bezogen ist, bedeutet es ein Gewitter und schwere Schädigung der Felder, und nun dann ist dem baierischen Landwirthe wohl zu Muthe, wenn die Sonne vom blau-weißen Himmel herablacht. Daß auch bei den Anhängern Kleitners die Klassendegehrlichkeit keine geringere — wenn auch eine in anderer Form sich ausprägende — ist, beweist die legislatorische Gedankenblüthe jenes Führers, welche den Beifall seiner Schaaren gefunden hat. Er verlangt, daß jedem Mühlenbesitzer und Malzfabrikanten die Auflage gemacht werde, alljährlich ein bestimmtes Quantum inländischer Frucht in seinem Geschäfte zu verarbeiten; wie groß dasselbe sein soll, das entscheidet natürlich auf Grund einer zu diesem Zweck erst aufzunachenden Berechnung die nämliche Behörde, über deren Vielregiererei und Unpopularität man sonst nicht genug Klagen erheben kann. Ob Antrag Kanitz, ob lex Kleitner, beide „Reformen" stehen wohl ungefähr auf gleicher Höhe, und so lange die Ackerbau treibende Bevölkerung derartigen Phantomen nachjagt, ist ihr eben überhaupt nicht zu helfen.

Wichtiger und, wie erwähnt, auch schlimmer ist es, daß im Generalkomitee des Landwirthschaftlichen Vereines, in einer Vereinigung also, deren Beschlüsse für das Ministerium des Innern zwar nicht maßgeblich sind, aber doch als Extrakt der Anschauungen gebildeter und gemäßigter Fachkreise die oberste Instanz zu beeinflussen pflegen, das spezifische Agrarierthum mehr und mehr Boden gewinnt. In der Sitzung vom 12. Februar wurde beschlossen, alles aufzubieten, um die Aufhebung des Handelsvertrages mit der argentinischen Republik zu erwirken. Es ist in letzter Zeit etwas mehr südamerikanisches Getreide, als sonst, auf den baierischen Markt gekommen, also muß der Vertrag fallen, einerlei ob durch die Kündigung der Industrie ein noch so empfindlicher Nachtheil zugefügt werde. Die vor dreißig Jahren noch leidlich richtige Ansicht, daß Baiern ein „Agrikulturstaat" sei, wird nach wie vor festgehalten, wiewohl sie ihre Berechtigung vollkommen eingebüßt hat. Viele werden sich erinnern, welch ungeheuerliche Angriffe ein bekannter Nationalökonom über sich ergehen lassen mußte, weil er der Wahrheit die Ehre zu geben und die hohe Bedeutung der Industrie gerade auch für Baiern zu betonen wagte. Man darf erwarten, daß die bedrohten Fabrikanten, vorab in Nürnberg, ihre Stimme nicht minder laut erheben und sich der würdigen Erklärung anschließen werden, welche der deutsche Handelstag abgegeben hat. Die Regierung wird es sich mehrfach überlegen, ob sie ihren Vertreter mit Instruktionen im Sinne der agrarischen Heißsporne versehen soll oder nicht, und so wird der Beschluß des Generalkomitees muthmaßlich keine weiteren Folgen haben, aber belehrend für die Richtung, in welcher wir uns bewegen, ist derselbe in jedem Fall. Was soll am dürren Holze werden, wenn es am grünen Holze, d. h. bei den um den grünen Tisch herumsitzenden offiziellen Repräsentanten der Landwirthschaft so aussieht, wie es der Antrag gegen Argentinien erkennen läßt!

Auch die übrigen Anregungen, welche in den zweitägigen Plenarverhandlungen hervortraten, ließen kräftigen, schöpferischen Zug fast durchweg vermissen, wogegen Prohibitivmaßregeln eine um so wichtigere Rolle spielten. Die Begünstigungen für genossische Transitlager sollen abgeschafft werden, darin herrschte anscheinend volle Uebereinstimmung, und nur deshalb sah man zunächst von weiteren Schritten ab, weil durch die Berathungen über den Antrag Kanitz möglicherweise die ganze Situation sich ändern kann. Eingehende Diskussionen veranlaßte auch die angebliche Konnivenz, welche das Eisenbahnministerium österreichischen Getreidetransporteuren gegenüber bethätigt haben sollte, indem es denselben angeblich einen sehr billigen Ausnahmetarif für ihre Waaren zugestand, welche während des Stockens der Donau-Dampfschifffahrt mit der Bahn befördert wurden. Wenn man die Darlegungen der agrarischen Blätter über dieses Vorkommniß und überhaupt über die Verhältnisse der Getreideverfrachtung von Passau nach Regensburg las, so mußte man auf den Gedanken kommen, daß in der That die baierische Landwirthschaft sich über Zurücksetzung zu beschweren ein Recht habe. Durch die von zuständiger Seite ertheilten Aufschlüsse wurde jedoch auch hier festgestellt, daß im Eifer für die gute Sache aus einer Mücke ein Elephant gemacht worden war. Jede auf Beschränkung des freien Verkehrs abzielende Maßregel darf eben heutigen Tages auf wohlwollende Aufnahme rechnen. Die ganze Rücksichtslosigkeit des Landmannes gegen den Stadtbewohner kam im vorliegenden Falle zum Ausdruck in einem Antrage, daß der Stadt Augsburg das Recht, österreichisches Vieh in ihrem Schlachthof einführen zu lassen, wieder genommen werden soll. So weit ging die Versammlung natürlich nicht, aber man erkannte die Berechtigung eines solchen Verstoßes gegen das gute Recht der volkreichen Städte doch insofern an, als man beschloß, Erhebungen über die Zustände in den Schlachthöfen und auf den besuchteren Viehmärkten des Königreiches zu veranstalten. Eine Kommission dürfte für diese Aufgabe niedergesetzt werden. Richtig wäre es gewesen, zu erklären, daß jede unmittelbare Stadt autorisirt sein solle, ihre Lebensmittelversorgung auf dem Wege zu bewerkstelligen, welchen sie als den für ihre Bürger zweckmäßigsten erkannt hat. Indessen sind das ja eben nur Bürger, Kaufleute, Fabrikanten, Arbeiter und keine Bauern; sonst wäre es etwas anderes.

Daß auch die baierische Staatsregierung sich den in sehr kräftiger Weise an sie herantretenden Wünschen nicht ganz zu entziehen vermag, geht aus einer Verfügung des Ministeriums des Innern hervor, welche den Import italienischen Schlachtviehs vom 1. März d. J. ab untersagt. Als dieser Import freigegeben wurde, freute man sich darüber ganz besonders in München, und man hat hier auch noch nichts bemerkt von den sanitären Mißständen, welche die Verzehrung transmontanen Fleisches mit sich bringen soll. Das italienische Ministerium verhält sich denn auch, neuesten Mittheilungen zufolge, keineswegs neutral, sondern remonstrirt gegen das Einfuhrverbot mit der Begründung, daß die Gesundheit der heimischen Ochsen nichts zu wünschen übrig lasse. Man wird abwarten müssen, ob eine Anordnung, der es an innerer Begründung fehlt, trotzdem aufrecht erhalten werden wird, weil ein weit verbreiteter Wille der Zurücknahme entgegen ist; die Erfahrungen, die man betreffs der Einführung des amerikanischen Specks gemacht hat, sind ja noch in Aller Andenken. Und schließlich hat man es ja nur mit einem Gliede in einer sehr starken und langen, für den deutschen Staatsbürger hinlänglich drückenden Kette zu thun.

---

* Im **Reichstage** wurde gestern die erste Lesung der **Reichsfinanzreformvorlage** zu Ende geführt. Für den Gesetzentwurf sprachen die Abgg. Enneccerus (nationalliberal), v. Kardorff (Reichsp.), Hug (Ctr.) und vom Bundesrathstische v. Watzdorff (Königreich Sachsen), v. Stengel (Baiern), sowie noch einmal der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky. Gegen den Entwurf erklärten sich die Abgeordneten Bebel (Soz.), Rickert (freis. Vgg.) und in einer zweiten Rede Richter (freis. Vp.). Abgeordneter Rickert wies nach, daß die üble Finanzlage der Einzelstaaten die Folge der irrationellen Finanzpolitik von 1879 sei. Damals habe das Centrum über die konstitutionelle Bedeutung der Matrikularbeiträge anders gedacht als jetzt. Diese Beiträge seien allerdings nur provisorisch; die Aufhebung derselben sei aber erst nach einer definitiven Ordnung der Reichsfinanzen zulässig. Die ohne einen beweglichen Faktor, wie solchen Miquel, Camphausen und v. Bennigsen früher verlangt, undenkbar sei. Die Vorlage wurde an die Kommission verwiesen, die sich mit dem Tabaksteuergesetzentwurf zu beschäftigen hat. Das Haus beschäftigte sich noch mit der Prüfung von **Wahlen**; eine ganze Anzahl derselben wurden für giltig, dagegen das Mandat des Antisemiten König für **ungiltig** erklärt. Am heutigen Schweriustage kommt wieder der Diktaturparagraph für Elsaß-Lothringen in dritter Lesung zur Berathung. Außerdem stehen der Centrumsantrag betreffend die Arbeiterinnen und die Anträge der Konservativen und Antisemiten über die Einwanderung der Juden auf der Tagesordnung.

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** In der gestrigen Landtagssitzung züngelten zu verschiedenen Malen allerhand verdächtige Flämmchen hervor, und eine gewaltige Feuersbrunst schien unvermeidlich. Es handelte sich in erster Stelle um den Haushalt für unser Elementarschulwesen. Da giebt es allerhand zu moniren. Die Polen klagen über Vernachlässigung ihrer Muttersprache, über den Rückgang der Moral in Folge des mangelhaften Religionsunterrichtes. Die frommen Leute aus dem Centrum jammern über die Vernachlässigung der Parität, über Zurücksetzung katholischer Volksschullehrer, über unzulängliche katholische Schulen. Es sind immer die seit vielen Jahren unverändert gesungenen Klagelieder und dieselben Rufer im Streite. Immer erneuert Herr v. Czarlinski sein Polenweh, und immer unterstützt ihn der Pole Schröder, während auf der ultramontanen Seite sich stets mit der Pünktlichkeit eines Schlagwerks Herr Porsch erhebt, um den preußischen Schulräthen, Ministerialdirektoren ins Gewissen zu reden. Der Herr Minister hatte diesmal den verschiedenen polnischen Anmuthungen, namentlich den oberschlesischen Agitationen gegenüber, das denkbar schärfste Wort der Abwehr gefunden. Der Minister ließ sich trotz der erneuten Angriffe der Centrumsredner auf die verwerfliche Schulpolitik der Regierung in Oberschlesien, welche der Sozialdemokratie geradezu in die Hände arbeite, nicht im Allermindesten von der einmal eingenommenen Haltung abbringen. Seit dem neuesten Kurs in unserem Abgeordnetenhause arten die Etatsdebatten geradezu in eine unübersehbare Anzahl von kleinlichsten Beschwerden aller Art aus. Jede Lokalgröße will eben auch einmal im hellen Glanze der parlamentarischen Oeffentlichkeit vor ihren heimischen Wählern und vor der Partei leuchten! In keiner Partei sind aber derartige Lokalgrößen so viele vorhanden wie im Centrum. Diese fühlen nun einen unbezwinglichen Rededrang in sich, den sie nirgendwo besser befriedigen können als bei der Berathung über den Etat der Schulverwaltung

---

* Mit der Besprechung der **kaiserlichen Rede** durch die agrarischen Organe beschäftigt sich nunmehr auch die **„Norddeutsche Allg. Ztg."** an leitender Stelle. Wenn wir nach den Erklärungen des Ministers v. Köller auch nicht annehmen, daß der Artikel von ihm inspirirt worden sei, so hegen wir doch andererseits keinen Zweifel daran, daß er aus „höheren Regionen" stammt. In seiner ungeheuren Milde gegenüber dem agrarischen Trotz erinnert er an das Auftreten des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe. Das offiziöse Blatt — Herr v. Köller möge dieses für ihn harte Wort verzeihen — findet es auffällig, daß die Antworten aus dem agrarischen Lager so verschieden ausfallen:

Die „Kreuzzeitung" erklärt es für „richtig, daß die Rede des Kaisers bei den deutschen Landwirthen einen freudigen Widerhall nicht finden kann". Die „Deutsche Tageszeitung" schöpft dagegen aus den Worten des Kaisers neues „Vertrauen, das ihr kein Höfling nehmen und kein Deutekünstler verdunkeln könne". Es ist eine sonderbare Voraussetzung, daß der Höfling" das versuchen und sich nicht vielmehr über das Vertrauen der Kreise der „Deutschen Tagesztg." aufrichtig freuen wird. Aber wenn wir annehmen dürfen, daß die „Deutsche Tagesztg." ehrlich ihre wahre Meinung ausspricht, so müßte folgen, daß auch das entgegengesetzte Urtheil der „Kreuzztg." nach ihrer Ansicht auf „Deutekünstelei" beruht. Diese Kritik wäre werthvoll; denn die Auslassung der „Kreuzzeitung" muß in mehr als einer Hinsicht befremden hervorrufen. Das Blatt erklärt, daß „man in den Kreisen der Landwirthe für Versprechungen nicht mehr empfänglich sei; man wolle endlich Thaten sehen" . . . Die Landwirthschaft sieht bereits Thaten, so in den eben beim Bundesrath eingebrachten Gesetzentwurf behufs Abänderung des Branntweinsteuergesetzes; sie weiß von der Absicht weiterer bedeutsamer Thaten aus der Programmrede des Landwirthschaftsministers; und sie wird unüberlegte, ohne reifliche Prüfung begonnene Thaten nicht verlangen. Sie wird, wie wir zuversichtlich hoffen, in dieser Hinsicht nur einer besonnenen Führung folgen.

Weiter bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Die „Deutsche Tagesztg." erklärt: „Wenn unser Kaiser bei seinen Bauern im Feenpalast gewesen wäre, es wäre kaum ein Wort anders gewählt worden." Aber warum hat dann die „Deutsche Tagesztg" in ihrem Bericht über diese Versammlung noch erheblich mehr gethan als ein Wort anders zu wählen, warum hat sie die Erwähnung der Resolution Ackermann und ihre Begründung, sowie die Erwiderung des Herrn v. Plotz unterdrückt? Wenn doch die Organe des Bundes der Landwirthe sich abgewöhnen wollten, über „Verleumdungen" zu klagen, wenn einfach Thatsachen konstatirt und die logischen, unanfechtbaren Schlußfolgerungen aus ihnen gezogen werden!

Im Uebrigen wiederholt das Blatt die von Herrn Miquel aufgebrachte, vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe übernommene Behauptung, daß „manche wirthschaftliche Bevorzugungen zu Ungunsten der Landwirthschaft" bestehen. Nähere Angaben hierüber werden natürlich nicht gemacht. Dabei macht es sich sehr komisch, daß die „Kreuzztg." in demselben Moment abgestraft wird, da sie wieder schreibt:

„Wer aber wollte, wer könnte behaupten, daß bis heute irgend etwas geschehen sei, um die Noth der Landwirthschaft, die von der Regierung doch keineswegs geleugnet wird, zu lindern? Weder die versprochene Novelle zum Zuckersteuergesetz noch die über die Abänderung der Branntweinsteuer — die doch längst fertig gestellt sein soll — sind bisher an den Reichstag gelangt, und Niemand weiß, ob dies zu erwarten ist, so lange es den Brennern auf dem Lande noch Nutzen bringen könnte."

Wenn es sich um agrarische Interessen handelt, steht die „Kreuzztg." auf dem Standpunkte: Doppelt giebt, wer schnell giebt.

Die gegensätzliche Auffassung der kaiserlichen Rede in dem Junkerorgan „Kreuzztg." und dem „Bundes"-Organ „Dtsch.